



Simulation der Expo-Skyline

PIERO OLIOSSI / POLARIS / LAIF

ITALIEN

Mafia profitiert von der Expo

Kurz bevor die ersten Pavillons der Expo 2015 in Mailand gebaut werden, warnen Experten vor einer Unterwanderung der Prestige-Veranstaltung durch die kalabrische 'Ndrangheta. „Es wird uns gelingen, die Expo mafiefrei zu halten“, hatte Innenminister Angelino Alfano versprochen – doch die Gangster sind offenbar schon da: Bereits 29 Aufträge wurden wegen Mafiaverdachts widerrufen und sechs Firmen ausgeschlossen. Rosy Bindi, die Vorsitzende der parlamentarischen Anti-Mafia-Kommission, konstatiert einen Siegeszug der kalabrischen Unterweltbosse im reichen italienischen Norden: „Heute braucht die 'Ndrangheta in der Lombardei nicht mehr wie früher auf Gewalt zurückzugreifen, auf Nötigung und Erpressung. Sie durchdringt die Wirt-

schaft, indem sie sich deren Zwecken andient.“ Am vorvergangenen Mittwoch wurden unter anderem in der Lombardei acht Leute aus dem Umfeld des kalabrischen Mancuso-Clans festgenommen. Ihr Geschäftszweig: Im Auftrag örtlicher Unternehmer trieben sie Schulden im Schnellverfahren ein, gegen eine Erfolgsbeteiligung von 50 Prozent. Für zusätzliches Aufsehen sorgte auch der in Mailand inhaftierte Cosa-Nostra-Chef Totò Riina, der beim Hofgang den Tod des Staatsanwalts Nino Di Matteo gefordert hatte. Der berühmte Ankläger aus Palermo musste daraufhin seine Teilnahme an einem Mafiaprozess in der lombardischen Hauptstadt absagen. Riinas Worte seien, sagte Di Matteo, „ein eindeutiger Mordbefehl, den er nach draußen transportieren wollte“.

EUROPA

Fallschirm für Beamte

Mit einem einfachen Trick werden Beamte der Europäischen Kommission in Führungspositionen gehievt. Unter Präsident José Manuel Barroso wurden so mehrere Beamte mit Posten versorgt, obwohl sie dafür auf der Leiter der EU-Laufbahn zu weit unten

standen. Aktuelles Beispiel ist Barrosos deutscher Kabinettschef Johannes Laitenberger: Für den 49-Jährigen wurde die Stelle eines stellvertretenden Leiters des Juristischen Dienstes geschaffen und ausgeschrieben. Der mit einem monatlichen Nettogrundgehalt von gut 14 000 Euro dotierte Job stand auch externen Bewerbern offen – obwohl eine Vergabe an einen Kandidaten ohne Kenntnis der EU-Verwaltung kaum Sinn hat. Diese Externen-For-

mulierung ist jedoch Absicht. Damit müssen Anwärter formalen Kriterien genügen, nicht aber einen bestimmten Dienstgrad haben. Intern heißt diese Methode „parachutage“, weil Beamte mit diesem „Fallschirmabwurf“ von oben platziert werden. Die EU-Kommission dementiert jede Trickserei: Es hätten sich, so ein Sprecher, mehrere starke Kandidaten beworben, darunter Laitenberger, ein „höchst kompetenter Beamter“.

LIBANON

Tod eines Kritikers

Die politischen Fraktionen des Libanon stehen im Ruf, ihre gefährlichen Probleme nicht zu lösen, sondern nur aufzuschieben. Auch der Autobombenanschlag vom vergangenen Freitag im Zentrum Beiruts, bei dem der ehemalige Finanzminister Mohammed Schattah und mindestens vier weitere Menschen ums Leben kamen, zählt womöglich zu den Spätfolgen eines alten Konflikts. Es geht um die Frage, wer vor neun Jahren den sunnitischen Premierminister Rafik Hariri in einer gewaltigen Explosion sterben ließ. Ein internationales Sondertribunal soll ab Mitte Januar in Beirut darüber entscheiden. Angeklagt in Abwesenheit sind fünf Mitglieder der schiitischen Hisbollah. Der jetzt ermordete Minister Schattah war einer der engsten Gefährten Hariris – und einer der schärfsten Kritiker der Hisbollah. Er hatte noch Stunden vor seinem Tod getwittert, dass die Islamisten-Gruppe die Macht im Lande an sich reißen wolle. Außerdem kämpft die Hisbollah-Miliz auf Seiten Baschar al-Assads im Nachbarland Syrien. Schattah galt als Gegner des Diktators.



Hisbollah-Anhänger in Beirut

KHALIL HASSAN / REUTERS